

Die Unterdrückung der Ukrainischen Unierten Kirche unter Stalin und das Moskauer Patriarchat

Während des Zweiten Weltkriegs rang sich die Sowjetführung zu einer neuen Kirchenpolitik durch. Sie hatte einsehen müssen, daß die Religion beim Aufbau des Sozialismus nicht zwangsläufig verschwindet, wie es der marxistisch-leninistischen Theorie entsprochen hätte. Nicht einmal die Zwangsmaßnahmen der Vorkriegszeit hatten ihr Verschwinden durchsetzen können. Also war die Religion von der Partei ernsthaft ins Kalkül zu ziehen. Da Stalin sie also nicht beseitigen konnte, beschloß er, sie hinfort in den Dienst seiner Politik zu nehmen.

Um zu erzwingen, daß die Kirchenvertreter die ihnen im Rahmen der neuen Kirchenpolitik zugedachten Aktivitäten vollzählig und stets im Geist der ihnen gemachten Auflagen durchführten, und um zu verhindern, daß sie andere als die ihnen staatlicherseits ausdrücklich zugedachten bzw. erlaubten Aktivitäten aufgriffen, rief er 1943 für die Russische Orthodoxe Kirche eine Aufsichtsbehörde ins Leben, die über sie wachte und faktisch die uneingeschränkte Möglichkeit zu Eingriffen in ihr Leben besaß. Mit eiserner Faust erzwang sie die Ergebenheit der Kirchenführer gegenüber allen politischen Direktiven und brach jeden auch noch so geringen Versuch von Widerstand durch Amtsentzug bzw. Verschickung in den Archipel GULAG. Eine weitere Behörde, die alle anderen Religionsgemeinschaften der Sowjetunion ebenso beaufsichtigen sollte, wurde im folgenden Jahr geschaffen. Die nötigen Vorkehrungen schienen getroffen zu sein, daß es in den Religionsgemeinschaften nicht zu oppositionellem Denken und Wollen komme.

Doch als sich im Winter 1944/45 die Mächte, deren Sieg über Hitler-Deutschland nahe rückte, auf die Gründung der UNO vorbereiteten, äußerte sich Pius XII. in der Weihnachtsansprache gemäß den Prinzipien der katholischen Soziallehre zu den Themen, um derentwillen die Vereinten Nationen gegründet werden sollten. Er legte Grundsätzliches dar über Friede und Gerechtigkeit zwischen den Völkern, über Freiheit und Demokratie. Die katholische Kirche war nicht gewillt, widerspruchslos hinzunehmen, daß das gesellschaftliche Leben ohne Rücksicht auf das Christentum gestaltet werde. Sie wollte auf der Basis ihrer Soziallehre einen Beitrag einbringen in die Diskussion über die neue Ordnung.

Um diese Zeit eroberte die Rote Armee von Katholiken besiedelte Länder, und diese sollten nach Stalins Plänen zum künftigen Herrschaftsgebiet der sowjetischen Weltmacht gehören. Hätten die Katholiken dieser Länder Geltung für die vom Papst vertretene Soziallehre gefordert, wäre es dort zu einer Opposition gegen die

Vorstellungen der Kommunisten von der aufzurichtenden Ordnung gekommen. Um dies zu verhindern, begann in der Sowjetunion als Antwort auf die Weihnachtsansprache des Papstes eine scharfe Kampagne in Presse und Rundfunk, die in der jeder Begründung baren Behauptung gipfelte, die Papstansprache wäre eine Unterstützung für das stürzende Hitlerregime gewesen.

Weil Stalin über den Vatikan nicht wie über die Moskauer Patriarchatsleitung Aufsicht führen und ihn nicht für seine politischen Ziele instrumentalisieren konnte, war der oberste Grundsatz seiner neuen Kirchenpolitik, nämlich die Indienstnahme der Religionsgemeinschaften für die Politik der Partei, auf die katholische Kirche nicht anwendbar. Seitdem dies an der Jahreswende 1944/45 deutlich geworden war, war Stalin entschlossen, gegen sie den Kirchenkampf gnadenlos fortzusetzen. Eine der Konsequenzen davon war, daß er ab 1945 auf die Unterdrückung der Ukrainischen Unierten Kirche abzielte. Er wollte sie aus der Führung durch den seinem Einfluß entzogenen Vatikan herausnehmen und sie dem durch seine Kirchenbehörde streng kontrollierten Moskauer Patriarchat unterstellt sehen.

Modell dafür war die Kirchenpolitik der russischen Zaren. Denn die zaristische Regierung hatte bei jeder Erweiterung des Reiches die orthodoxen Gläubigen der neu erworbenen Landstriche, gleich welcher Nation und bisheriger kirchenrechtlicher Zugehörigkeit sie waren, in den Verband der russischen Staatskirche einbeziehen lassen, um sie auch durch die Kirche an den neuen Staat zu binden. Sie war ebenso eifrig besorgt gewesen, auch alle unierten Gläubigen byzantinischer Tradition der Staatskirche zuzuführen, denn sie wollte auch über diese Gläubigen dieselbe volle Staatsaufsicht erlangen wie über die Russische Orthodoxe Kirche.

In jenen Gebieten, die vor der sogenannten ersten Teilung Polens (1772) im 17. und 18. Jahrhundert dem Zarenreich angegliedert worden waren, war bereits unter Katharina II. (1762–1796) jegliches unierte Kirchenleben zum Erliegen gebracht worden. Nach den Teilungen Polens wurde dies 1839 auch in den Annexionsgebieten und 1875 in Kongreßpolen erreicht. Soweit die Gläubigen der bisher unierten Diözesen keine Gelegenheit hatten oder nicht willens waren, sich nahegelegenen (polnischen) Pfarreien des lateinischen Ritus anzuschließen, wurden sie von Amts wegen für Orthodoxe gehalten. Hingegen war sowohl in Galizien als auch in Karpatoruthenien, die nie zum Zarenreich gehört hatten¹, das unierte Kirchenleben in derselben Zeit neu aufgeblüht.

Im Gefolge des Zweiten Weltkriegs wurden diese Gebiete der Ukrainischen SSR angegliedert. Zunächst schien es, als sollte dort wie mit der orthodoxen, so auch mit der unierten Kirche gemäß den Regeln der neuen Religionspolitik verfahren werden. Als der Lemberger Metropolit Andrej Szeptycki am 1. November 1944 starb, konnte er feierlich beigesetzt werden; sogar der damalige Ministerpräsident Nikita Chruščev nahm an der Feier teil. Auch die Inthronisation des neuen Metropoliten Josif Slipyj konnte würdig erfolgen. In Karpatoruthenien erging an den Bischof der unierten Katholiken kurz nach dem Einmarsch der Sowjetarmee sogar

die Einladung, in seiner Residenzstadt bei den Feierlichkeiten zum Jahrestag der Oktoberrevolution als Redner aufzutreten. Zum Jahreswechsel 1944/45 änderte sich aber alles. Von da an wollte Stalin in Galizien und in Karpatoruthenien genau dasselbe erreichen, was vor ihm die Zaren andernorts durchgesetzt hatten.

Doch Stalin nahm die Kirchenpolitik der Zaren nur für das Ziel, nicht für das Verfahren zum Vorbild. Denn sooft sich die Zaren um die Rückführung von Unierten zur Orthodoxie bemühten, ließen sie in erster Linie Bischöfe und Priester aktiv sein, damit diese eine kirchliche Konversion vorbereiteten; die zaristische Polizei, die bereitwillig und durchaus effizient mithalf, unterdrückte nie jegliche Gewissensfreiheit, sondern dosierte die Druckmaßnahmen so, daß es Jahrzehnte dauerte, bis allmählich die zweite oder dritte Generation der Gläubigen, um die es ging, der Orthodoxie zugeführt war. Stalin hingegen setzte seine Polizeimacht schlagartig ein. Er wollte die unierte Kirche binnen weniger Wochen vernichten und ließ der orthodoxen Kirche keine Zeit, daß sie auch nur hätte versuchen können, die unierten Gläubigen von der Wahrheit der Orthodoxie zu überzeugen.

Vorbereitungen zur Liquidation der unierten Kirche

Als unter Michail Gorbatschow die „Perestrojka“ betrieben wurde und abzusehen war, daß den unterdrückten unierten Christen die Religionsfreiheit nicht mehr lange verweigert werden könne, als jedoch die Legalisierung der unierten Gemeinden noch nicht begonnen hatte, erschien in einer Moskauer Zeitschrift ein Bericht eines nach Lemberg und Kiew zu Recherchen entsandten Sonderkorrespondenten², in dem es heißt: „N. S. Chruschtschow teilte ... im Februar 1945 ... mit, daß Stalin persönlich entschied, die ukrainische griechisch-katholische Kirche auf schnellstem Weg zu liquidieren.“ Dem fügt der Korrespondent hinzu: „Da ich mir der grundsätzlichen Neuigkeit und eines gewissen Sensationswerts dieser Mitteilung bewußt bin³, bin ich bereit, im Fall eventueller Gegenbehauptungen oder Dementis den Vertretern des KGB der Ukrainischen SSR die Code-Nummer der Aktenordner mit den Dokumenten zu benennen, die in ihren mir noch unzugänglichen Archiven aufbewahrt werden.“

Aus den Erfahrungen mit dem Kirchenkampf der 30er Jahre hatten die Sowjetbehörden die Lehre gezogen, daß bloßes Unterdrücken durch Polizeiterror die Kirche nicht aus den Herzen der Glaubenden herausreißt. So wollten sie der geplanten Zerstörung der unierten Kirche das Aussehen eines kirchlichen Vorgangs geben. Den Gläubigen sollte vorgegaukelt werden, daß sie kirchlichen Oberen gehorchen, wenn sie tun, was die Parteiführung von ihnen wünschte. Also bedurfte es des Mittuns von Klerikern, und es kam den Behörden daher gelegen, daß es sowohl auf orthodoxer als auch auf unierter Seite Kleriker gab, die es für richtig hielten, daß sich die westukrainischen Unierten der Russischen Orthodoxen Kirche

anschlössen. Da diese Kreise die Konversion der Unierten aus ehrenwerten Motiven wünschten, mußten die Polizeibehörden nur dafür sorgen, daß sie möglichst lange nicht erfuhren, mit welchen Zwangsmaßnahmen die Aktion von Staats wegen durchgezogen werden sollte. Dann war es verhältnismäßig leicht, sie zum Initiativ-Werden zu bewegen. Dies zu tun, lag im Interesse der Sowjetbehörden, denn das Mittun wenigstens einer kleinen Gruppe von Klerikern, die von der Richtigkeit der Konversion der Unierten zur Orthodoxie überzeugt waren, bot die Möglichkeit, die ganze Angelegenheit in der Öffentlichkeit als eine Sache hinzustellen, die durch kirchliche Persönlichkeiten in Gang gebracht wurde. Aber diesen blieb es verwehrt, die Wahrheitsfrage aufzuwerfen oder auch nur über den einzuschlagenden Weg zu diskutieren. Nur Handlangerdienste waren ihnen zugedacht.

Außer den in ehrenwerter Weise überzeugten Persönlichkeiten gab es auch Kleriker, die sich aus Angst vor den Behörden und aus übergroßer Bereitschaft, deren Willen zu erfüllen, zum Mittun gewinnen ließen. Auch von ausgesprochener Erpressung durch die Behörden und von schweren Zwangsmaßnahmen gegen nicht kooperationswillige Kleriker hat man Kenntnis. Manche, die mitwirkten, mögen anfangs gemeint haben, durch konziliante Haltung den Behörden gegenüber mäßigen Einfluß nehmen und wenigstens noch größeres Übel verhindern zu können; sie befanden sich über kurz oder lang in einer Verstrickung, aus der es keinen Ausweg mehr gab. Denn die Sowjetbehörden nahmen die einen wie die anderen für eine Aktion in Dienst, deren Ablauf jeder Christlichkeit Hohn sprach und die Religionsfreiheit mit Füßen trat, und sie erlaubten niemandem, auch nur die leiseste Kritik an dem Vorgehen zu üben.

Es gelang bei der Unterdrückung der unierten Kirche sogar, die Opfer der brutal durchgeführten polizeilichen Zwangsmaßnahmen soweit hinters Licht zu führen, daß sie die Hauptschuld daran bei jenen orthodoxen Hierarchen vermuteten, die zum Mittun mißbraucht wurden. Auf diese Weise entzweiten die Sowjetbehörden bei der Zerstörung einer ihnen mißliebigen Kirche die Christen der Westukraine auch noch untereinander. So hatten sie in der Folge ein um so leichteres Spiel beim administrativen Niederhalten des religiösen Lebens, das auch in der Zeit der „neuen Kirchenpolitik“ ihr wahres Ziel blieb. Da die Bevölkerung der Westukraine besonders tief im Glauben verwurzelt war, kam es den atheistischen Behörden mehr als gelegen, daß ihre Terrormaßnahmen sogar noch Zwietracht oder gar Haß zwischen den Christen verursachten. Sie konnten diese in der Folgezeit darum gegeneinander ausspielen und noch leichter unterdrücken.

Die Machenschaften der Polizei hatten besonders schwere Vorwürfe gegen Patriarch Aleksij I. (Simanskij) von Moskau⁴ zur Folge. Denn unter seinem Namen wurde bald nach seiner Wahl zum Moskauer Patriarchen ein Hirtenschreiben in Umlauf gebracht, das die katholischen Ukrainer zur Apostasie einlud.

Das Patriarch Aleksij zur Last gelegte Hirtenwort ist eine Fälschung. Wo immer man sich darauf berief, benannte man Fundstellen des russischen Texts, die es nicht

gibt⁵. Doch in noch viel stärkerem Maß als die unklare Quellenlage zwingt der Inhalt des Hirtenworts, an der Autorschaft des Patriarchen Aleksij zu zweifeln. Denn die einzige bedeutsame dogmatische Aussage des Schreibens lautet: „Eine kirchliche Gemeinschaft, die aus der katholischen Einheit der Orthodoxie ausscheidet, geht ihrer apostolischen Sukzession und Gnadenhaftigkeit verlustig.“ Dies steht in unüberbrückbarem Gegensatz zu ganz scharfen Ausführungen des Metropoliten (späteren Patriarchen) Sergij (Stragorodskij), des unmittelbaren Amtsvorgängers von Patriarch Aleksij. In den 30er Jahren war Sergij unerbittlich ins Gericht gegangen mit jenen (hauptsächlich griechischen) orthodoxen Theologen, die der Lehre von der Gnadenlosigkeit aller nichtorthodoxen Kirchen und ihrer Sakramente anhingen. Ausgerechnet diese von Sergij in Übereinstimmung mit der theologischen Tradition der russischen Kirche verworfene und seit der Mitte des 17. Jahrhunderts nur mehr in Ausnahmefällen von russischen Theologen vertretene Lehre⁶ wird in dem Hirtenwort vorgelegt, das man Patriarch Aleksij zuschreibt. Wäre die Zuschreibung berechtigt, hätte Patriarch Aleksij in der Beurteilung der nichtorthodoxen Kirchen seinem Vorgänger fundamental widersprochen. Davon ist nicht nur nie etwas bekannt geworden; vielmehr bekundete Aleksij in Reden und schriftlichen Dokumenten ausdrücklich seine Anerkennung der Gnadenhaftigkeit nichtorthodoxer Kirchen, ihrer Hierarchen und ihrer Sakramente.

Wer immer aber das Hirtenwort verfaßt haben mag: Es verdient Beachtung, denn es trug die Argumente derer vor, die aus ehrenwerten Motiven bei der Konversion der Unierten zur Orthodoxie mitwirkten. Es ist das Werk eines geschulten Theologen, der mit der Polizei kooperierte. Indem es erstens herausstellte, was orthodoxe und unierte Kirche an gemeinsamem geistlichem Erbe besitzen, wandte es sich an gewisse unierte Kleriker und Intellektuelle, deren besonderes Anliegen es war, die östliche Prägung ihres Christseins zu deutlicherer Entfaltung zu bringen. Zweitens forderte es mit der sicher nicht von Patriarch Aleksij stammenden Aussage über die Wertlosigkeit der katholischen Sakramente die wenigen orthodoxen russischen Seelsorger, die von der Nichtigkeit der katholischen Taufe überzeugt waren, auf, sich entschlossen für die Bekehrung der Unierten einzusetzen, um diesen zum Heil zu verhelfen. Durch Hinweise auf die politischen Umstände der jüngsten Vergangenheit bot es drittens den winzigen Gruppen von Unierten und Orthodoxen, bei denen das eben Gesagte auf offene Ohren stieß, eine plausible Begründung, warum das ihnen wichtige kirchliche Ziel aus politischen Gründen auch den Staatsorganen erstrebenswert war. Dies mochte hilfreich sein, sie bei den bevorstehenden Aktivitäten zur Kollaboration mit der neuen Obrigkeit zu ermutigen. Gerade diese Kollaboration war ja den Behörden erwünscht.

Auch unter den Unierten setzten die Behörden Vorbereitungen in Gang. Nachdem im April 1945 alle unierten Bischöfe verhaftet worden waren, konstituierten sich im Mai desselben Jahres drei unierte Priester (G. Kostel'nik aus der Erzdiözese Lemberg, M. Mel'nik aus der Diözese Przemyśl und A. Pel'vec'kij aus der

Diözese Stanislav) zu einem „Initiativausschuß zur Wiedervereinigung der Griechisch-katholischen Kirche mit der Russischen Orthodoxen Kirche“⁷. Seine erste Amtshandlung war ein Briefwechsel mit den Sowjetbehörden, in dem dem Initiativausschuß versichert wird, daß er als das einzige kirchliche Organ der unierten Kirche anerkannt sei. Seine Aufgabe sei, so heißt es in dem Schreiben der Behörden an den Ausschuß, die griechisch-katholischen Pfarreien der Westukraine zu führen⁸ und sie auf die Vereinigung mit der Russischen Orthodoxen Kirche hinzuleiten. Auch solle er für das Kirchenamt Listen derjenigen Seelsorger und Ordensoberen vorbereiten, die sich seiner Jurisdiktion widersetzen. Somit war von den Behörden im voraus zur Auflage gemacht, was künftig der unierten Kirche Galiziens von diesem Ausschuß zur Annahme in stalinistisch verstandener „spontaner Freiwilligkeit“ vorgeschlagen werden sollte. Die Pflicht zur Denunziation jener, die unwillig zu solcher „Freiwilligkeit“ waren, war in schriftlicher Form auferlegt.

Die Papstenzyklika „Orientales omnes“

Im Dezember 1945 jährte sich die Brester Union zum 350. Mal. Zur Würdigung der feierlichen Zeremonie im Konstantinssaal des Vatikanpalasts, bei der im Dezember 1595 die ostslawischen Gläubigen aus dem damaligen Polen-Litauen in die Ecclesia Romana aufgenommen worden waren, erging am 23. Dezember 1945 die Enzyklika „Orientales omnes“. In deren drittem Teil war die Rede von dem, was 1945 in Galizien vor sich gegangen war. Die Offenheit der Darlegung war geeignet, die nach dem Sieg im Zweiten Weltkrieg sehr selbstbewußt gewordene, gegen jede Kritik aber überaus empfindlich gebliebene Sowjetführung zu empören.

Man war in Rom nach Ausweis der Enzyklika über die Vorgänge in Galizien bestens informiert, und man nannte sie beim Namen: die Verhaftungen und Schikanen durch die Behörden, die Aktivitäten des „Initiativausschusses“, das Unrecht, daß dieser sich mit staatlicher Hilfe entgegen den kirchlichen Ordnungen als Kirchenleitung aufspielte, und den Widerstand des unierten Klerus, der sich zur Wehr setzen wollte. Ausdrücklich weist die Enzyklika hin auf ein Schreiben vom 1. Juli 1945, das von einer Versammlung uniierter Priester in Lemberg an die Sowjetregierung gerichtet worden war. Es handelte sich um eine Loyalitätserklärung gegenüber dem Staat und um eine Zustimmung zum Anschluß Galiziens an die Ukraine. Zugleich war es aber auch eine Forderung nach Gewissensfreiheit und eine Appellation gegen die Mißstände um den „Initiativausschuß“. Auch das Hirtenwort unter dem Namen des Patriarchen Aleksij wurde in der Enzyklika erwähnt; man hatte es in Rom nicht als Fälschung erkannt.

Schon im Vorjahr hatte der Papst in seiner Weihnachtsansprache deutlich gemacht, daß die Katholiken in Fragen der Menschenrechte und des gesellschaftlichen Lebens nicht einfach die Direktiven der Regierenden hinnehmen werden,

sondern gewillt sind, Position zu beziehen. Nun tat er mit dieser Enzyklika genau das Gegenteil von dem, wozu Stalin das Moskauer Patriarchat zwingen konnte. Nicht, daß er es nur unterließ, Lobsprüche auf den großen „Befreier“ Stalin von sich zu geben; er schwieg nicht einmal zu den Verletzungen der Menschenrechte durch die Sowjetmacht, sondern klagte vor aller Welt die Sowjetunion der Religionsverfolgung an, und zwar unter Vorlage von Beweisen. Zudem machte er die internationale Öffentlichkeit mit einem Dokument bekannt, das in einer Versammlung von Leuten verabschiedet worden war, die in den Augen der Staatsmacht „Dissidenten“ oder gar „Kontrarevolutionäre“ waren. Hatten diese es doch gewagt, sich negativ über jene kirchliche Führung zu äußern, die ihnen vom staatlichen Kirchenamt bestellt worden war. Bedenken wir die Hysterie, mit der zur Zeit Stalins überall „Spionage“ gewittert wurde. Dann mußte der Informationsstand, den man in Rom über die aktuellen Geschehnisse in Galizien besaß, zu der (in der Sowjetpresse in der Tat immer wieder ausgesprochenen) Vermutung führen, der Vatikan sei das Zentrum der antisowjetischen Spionage und Agitation.

Weil der dritte Teil der Enzyklika „Orientales omnes“ ein freies Wort war über die Freiheitsunterdrückung durch den Stalinismus, kam in der Sowjetunion ein Jahr nach der Weihnachtsansprache von 1944 der Haß der Gewalthaber gegen die katholische Kirche vollends zur Eskalation.

Die sogenannte „Synode von Lemberg“

Am 22. Februar 1946 wurde in Kiew eine aus 13 Priestern bestehende Delegation des „Initiativausschusses zur Wiedervereinigung der Griechisch-katholischen Kirche mit der Russischen Orthodoxen Kirche“ in die orthodoxe Kirche aufgenommen, und die Priester Antonij Pel'vec'kij und Michail Mel'nik wurden am 24. bzw. 25. Februar zu Bischöfen geweiht⁹. Da es, wie oben erwähnt, unter den Unierten der Westukraine Priester und Intellektuelle gab, die eine Konversion zur Orthodoxie für richtig hielten, konnten die Konversionen und Weihen vom Februar 1946 verstanden werden als das Schaffen des organisatorischen Rahmens für eine erhoffte freiwillige Übertrittsbewegung größeren Ausmaßes von Gläubigen und Priestern. Sowohl dies, als auch die Tatsache, daß das ökumenische Denken, durch welches ein solches Vorgehen heutzutage als Proselytismus qualifiziert würde, damals dem Moskauer Patriarchat noch fremd war, ist zu berücksichtigen, wenn einer zu ergründen sucht, weswegen Patriarch und Synode in Moskau zu diesen Bischofsweihen die Zustimmung gaben. Nur ein Teil der unierten Priesterschaft war für den Initiativausschuß gewonnen, da berief dieser für den 8. bis 10. März 1946 in Lemberg eine Versammlung ein, die sich eigenmächtig Synode nannte und die Brester Union einfach für beendet erklärte.

Welche Gedankengänge auch immer den Patriarchen und seine Synode geleitet

haben mögen, als sie Antonij Pel'vec'kij und Michail Mel'nik zu Bischöfen wählten: aus den Akten der Lemberger Versammlung kann man erschließen, daß die Konversionen und Bischofsweihen im Februar von jenen, die in der Westukraine die Fäden zogen, von Anfang an um dieser Versammlung willen organisiert worden waren. Denn ausdrücklich wird in den Akten gesagt, daß es keine Synode geben kann, wenn keine Bischöfe dabei sind. Da die Absicht bestand, die geplante Versammlung als eine Synode auszugeben, mußte also dafür gesorgt werden, daß unter ihren Teilnehmern Bischöfe waren. Weil von den Bischöfen der Ukrainischen Unierten Kirche keiner zur Teilnahme zu bewegen war, weihte man neue. Doch man war sich der zwiespältigen Lage bewußt, in der sich die Neugeweihten befanden. Es war keineswegs sicher, daß sie zu einer Klerusversammlung der unierten Kirche zugelassen worden wären, wenn bekannt gewesen wäre, daß sie zur orthodoxen Kirche konvertiert und bereits zu *orthodoxen* Bischöfen geweiht waren. Also hielt man die Konversionen und Bischofsweihen geheim, bis von den Versammlungsteilnehmern der Beschluß gefaßt war, zur Orthodoxie zu konvertieren.

Man vergegenwärtige sich die kanonistischen, ekklesiologischen und psychologischen Probleme der Versammlungsteilnehmer, von denen verlangt wurde, sich als Mitglieder einer Synode zu verstehen. Laut ausdrücklicher Aussage der Akten galt für sie, daß es keine Synode gibt ohne Bischöfe. Doch keiner ihrer Bischöfe nahm teil; diese waren alle im Gefängnis. Kanonistisch war also zu fragen, wieso eine Versammlung, die zusammentrat in der Meinung, ein Priestertreffen zu sein, und die den Beschluß, für den sie einberufen wurde, zu einem Zeitpunkt faßte, zu dem sie sich noch immer als reines Priestertreffen verstand, zu guter Letzt dennoch als Synode gelten soll. Wieso konnte ihr Versammlungsbeschluß nachträglich die kirchenrechtliche Bedeutung einer Synodalentscheidung erlangen, sobald sich herausstellte, daß geheim geweihte, bislang unbekannte Bischöfe zugegen waren? Eine ekklesiologische Aporie ergibt sich, wenn die Versammlung, der nachträglich überraschend die Würde einer Synode zuerkannt wurde, als Synode der griechisch-katholischen Kirche gelten soll, obwohl die inkognito anwesenden Bischöfe keine Bischöfe der griechisch-katholischen Kirche waren. Sie hatten ihr doch alleamt vorher bereits durch Konversion den Rücken gekehrt und waren zu Bischöfen einer anderen Kirche geweiht worden. Seelisch hatten die Teilnehmer den Betrug zu verwinden, daß sie zu einer Versammlung des griechisch-katholischen Klerus geladen wurden, aber nach Behandlung des Hauptpunkts erfahren mußten, daß das gesamte einladende und die Arbeiten dominierende Präsidium samt einer Reihe weiterer entscheidender Versammlungsmitglieder orthodox waren.

Diese Probleme konnten bei den Beratungen nicht einmal aufgeworfen, geschweige denn diskutiert werden. Zum Vortrag kam nur die Auffassung jener Minorität uniierter Kleriker und Intellektueller, die in dem oben erwähnten Hirtenwort angesprochen war. Aber auch diese durfte nur insoweit vorgetragen werden, als sie harmonierte mit den politischen Wünschen der Staatsmacht, von deren In-

tionen und Diktion die Reden der dreitägigen Veranstaltung geprägt waren. Über alles, was Andersdenkende bewegte, war zu schweigen. Darum befaßt sich der Beschlußtext, der vom Initiativausschuß vorbereitet war, nur mit der leidvollen Geschichte der unierten Kirche in Polen. Diese Geschichte dürfe, heißt es, unter den neuen Bedingungen (d. h. nach der Vereinigung aller Ukrainer in einer gemeinsamen Sozialistischen Republik) glücklicherweise für überwunden gelten; darum sei die Union nicht mehr nötig und zu beenden. Kein Wort wurde verloren für theologische Fragen; niemand durfte der geistlichen Anliegen jener Vielzahl von Gläubigen gedenken, denen es eine Gewissenspflicht vor Gott bedeutete, in Einheit mit dem Inhaber des Petrusamts zu stehen. Ohne daß das Denken und die Gewissensüberzeugung der Mehrheit Beachtung gefunden hätte, faßte die Versammlung einen Beschluß auf kollektive Konversion aller Unierten der Diözesen Lemberg, Przemysl und Stanislaw zur Orthodoxie. Der Beschluß sollte ein für allemal beenden, was mit der Brester Union begonnen hatte.

Kein Jubel am Patriarchatssitz zu Lebzeiten Aleksijs

In einem Schreiben, das die Versammlung an Patriarch Aleksij richtete, hieß es: „Wir bitten Eure Heiligkeit, unseren Beschluß anzuerkennen und uns in den Schoß der allrussischen orthodoxen Kirche aufzunehmen.“ Eisiges Schweigen war nach Ausweis des Berichts, den das Journal des Moskauer Patriarchats im Aprilheft 1946 der Lemberger Versammlung widmete, die Antwort des Patriarchen Aleksij auf dieses Ansuchen. Er verhielt sich den Vorkommnissen gegenüber wie einer, der über sich ergehen läßt, was er nicht abwenden kann; wie einer, der sehr genau weiß, daß er, wenn er protestieren wollte, dies im äußersten Fall durch Schweigen tun darf, weil jedes unerwünschte Wort aus seinem Mund bitter gerächt würde, und zwar nicht an ihm selbst, wahrscheinlich auch nicht an den Bischöfen, wohl aber an zahlreichen Priestern und Gläubigen seiner Kirche. Er schwieg, weil ihm keine andere Möglichkeit mehr blieb als durch Schweigen wenigstens nicht zur Ursache zusätzlicher Leiden von Orthodoxen zu werden.

Im Inhaltsverzeichnis sowohl des Aprilhefts des Moskauer Patriarchatsjournals als auch in jenem des ganzen Jahrgangs 1946 ist der Bericht über die Ereignisse von Lemberg ausdrücklich als nicht zum offiziellen Teil gehörig ausgewiesen. Dort finden sich Grußworte und Telegramme, doch keines aus der Feder des Patriarchen¹⁰. Der Beschlußtext der Lemberger Versammlung ist abgedruckt, dazu auch das Schriftstück mit dem Ansuchen um Aufnahme in die russische Kirche, jedoch keine Antwort darauf. Es ist zu entnehmen, daß Delegierte der Lemberger Versammlung nach Moskau reisten. Doch der Bericht über diese Reise umfaßt nicht einmal eine ganze Seite, und darin genügen für die Audienz beim Patriarchen vier Zeilen. Sie lauten: „Am 5. April wurde die Delegation von Sr. Heiligkeit Patriarch

Aleksij in Gegenwart von (den?)¹¹ Mitgliedern der Synode empfangen. Das Delegationshaupt, Erzpriester Kostel'nik, verlas ein Schreiben der Delegation bezüglich der Wiedervereinigung der Uniaten mit der orthodoxen Kirche.“

Bezeichnend ist ein Vergleich dieser Zeilen, die sich auf Millionen von Gläubigen beziehen, mit den freudigen und ausführlichen Berichten, die das Patriarchatsjournal von der Rückkehr einzelner Kleriker der Erneuererkirche ins Moskauer Patriarchat brachte. Diese finden sich im offiziellen Teil des Journals, erwähnen die russischen Hierarchen, die der Aufnahme beiwohnten, jeweils mit Namen und vermerken ausdrücklich, daß und unter welchen Bedingungen die Aufnahme erfolgte. In unserm Fall aber bricht der Text ab, nachdem nur das Verlesen eines Schreibens, nicht einmal sein genauer Inhalt, erwähnt ist. Eine Antwort darauf gab erst nach dem Tod des Patriarchen Aleksij im Jahr 1971 das russische Landeskonzil, das Metropolit Pimen (Izvekov) zu seinem Nachfolger wählte. Dieses Konzil beschloß „zur Kenntnis zu nehmen ein historisches Ereignis im Leben der Russischen Orthodoxen Kirche, die Rückkehr der Griechisch-Katholischen Galiziens und des Karpatengebiets zur orthodoxen Kirche in den Jahren 1946 und 1949 und die Aufhebung der Brest-Litovsker und der Užgoroder Union, die seinerzeit gewaltsam auferlegt wurden.“

Die in dem Konzilsbeschluß mitbenannte Užgoroder Union betraf Karpatoruthenien. Dort hatte es bereits in tschechoslowakischer Zeit orthodoxe Gemeinden gegeben. Als das Land der ukrainischen Sowjetrepublik angegliedert war, errichtete das Moskauer Patriarchat für sie ein eigenes Bistum. Der erste Bischof verhielt sich korrekt zur unierten Kirche des Landes. Unter ihm gab es nicht jene Übertritte zur orthodoxen Kirche, welche die Behörden wünschten. So war das Moskauer Patriarchat im Juni 1948 genötigt, ihn zu versetzen und dem Lemberger Bischof Makarij die Mitbetreuung der Diözese Karpatorutheniens zu übertragen. Dieser stellte sich voll in den Dienst der behördlich erwünschten „Heimholung“ der Unierten. Ohne daß es eine wie auch immer geartete Sitzung gegeben hätte, die man als „Synode“ hätte ausgeben können, ließ er während eines Festgottesdienstes im August 1949 in Užgorod bekanntgeben, „daß mit diesem Tag in der karpatenländischen Ukraine die kirchliche Union der karpatenländischen Geistlichkeit mit Rom zu bestehen aufhört“.

Nach den Erfahrungen, die Kostel'nik 1946 hatte machen müssen, als er die Beschlüsse der Lemberger Versammlung einem schweigenden Patriarchen vortrug, organisierte man diesmal auch keine Delegationsreise nach Moskau zum Vortrag beim Patriarchen. Nur einen schriftlichen Bericht durfte Makarij nach seinem „Erfolg“ ins Patriarchat senden. Bezeichnenderweise erwähnen jene Laudationes auf Patriarch Aleksij, die sich in Editionen des Moskauer Patriarchats finden, keine Erfolge, welche die Russische Orthodoxe Kirche unter seiner Führung in der Westukraine erzielt hätte. Wie wäre dies zu erklären, wenn die Moskauer Patriarchatsleitung über die Vorgänge voller Freude gewesen wäre?

Als Erzbischof von Jaroslavl' und Rostov würdigte der (spätere) Metropolit Nikodim (Rotov) Patriarch Aleksij bald nach dessen 85. Geburtstag in den „Stimmen der Orthodoxie“¹². Ausführlich erwähnt der Laudator die Verdienste des Patriarchen als „Versöhner und Sammler seiner kirchlichen Herde“, spricht aber nur von den Ergebnissen seiner „zähen und geduldigen Bemühungen“ um die russische Emigration in aller Welt. Auf die Westukraine wird nicht einmal verwiesen. Vor dem 90. Geburtstag ehrte das Moskauer Patriarchat Patriarch Aleksij durch eine würdig ausgestattete Biographie in russischer, deutscher, französischer, englischer und griechischer Sprache, die dazu bestimmt war, das Denken und die Verdienste des Patriarchen weltweit bekanntzumachen¹³. Gewürdigt wurde der Patriarch als Mitarbeiter seines Vorgängers, des Patriarchen Sergij; für seinen Einsatz im Vaterländischen Krieg; für seine Bereitschaft, 1945 die Wahl zum Patriarchen anzunehmen; für seinen seelsorgerlichen Einsatz; für sein Eintreten für die panorthodoxe Einheit; für sein Engagement für die Einheit aller Christen; für sein Mitwirken im Kampf um den Frieden. Die Rückführung der Unierten wird nicht erwähnt. Erst im Nachruf, den ihm das Journal des Patriarchats nach seinem Tod widmete, ist ein Hinweis auf die Rückkehr der Unierten enthalten. Von seinem Besorgtsein um die Unierten Westgaliziens ist dort die Rede – jedoch mit Worten, die eventuell sogar bedeuten könnten, daß er den Unterdrückten wegen ihrer Leiden zugetan war. Es heißt im Nachruf: „1946 wurde auf der Synode von Lemberg und 1949 wurde in Užgorod die Brester Union liquidiert; unsere Volksgenossen kehrten in den Schoß der Mutterkirche zurück. Wie auch sonst immer bewies dabei Seine Heiligkeit große pastorale Liebe zu jenen, die sich lange Zeit außerhalb der Hürde der Orthodoxie befanden.“

Diese Laudationes mögen bei der Lektüre dessen helfen, was von 1946 bis 1970 im Moskauer Patriarchatsjournal über die sogenannte Synode von Lemberg geschrieben wurde. Denn dort gilt es, wie bei allen Zeitschriften, über die der Zensor eines totalitären Regimes mit Ergänzungsaufgaben und Streichungen Regie führte, auch „zwischen den Zeilen zu lesen“.

Ein nichtssagender kurzer Bericht, der gehorsam der von der staatlichen Kirchenbehörde gewünschten Sprachregelung folgt, erschien zum ersten Jahrestag im April 1947. Das nächste Mal wurde der „Synode“ in der Patriarchatszeitschrift gedacht anlässlich des 10. Jahrestags. Im offiziellen Teil des Aprilhefts sind Grußtelegramme aus Lemberg und Stanislav vom 25. März 1956 abgedruckt, dazu die Antworttelegramme des Patriarchen vom Tag danach. Letztere erbitten Segen, enthalten aber keinen Ausdruck von Freude über den Festanlaß. Ist es vielleicht angebracht, das Brechen des langjährigen vollen Schweigens mit Zeitereignissen in Zusammenhang zu bringen? Nikita Chruščev, der 1946 als Erster Parteisekretär der Ukraine von der sogenannten Synode von Lemberg ein Grußtelegramm erhalten hatte, war inzwischen zum ersten Mann in Moskau geworden. Beim 20. Parteikongreß (14.–25. Februar 1956) hatte er zu größerer ideologischer Wachsamkeit

aufgerufen und die sogenannte „Entstalinisierung“ eingeleitet, die sich bekanntlich den Kirchen gegenüber als neue Verfolgungsperiode erwies. Nötigte dies vielleicht den Patriarchen, wenigstens zu telegraphieren?

10 Jahre später gab es die einzige positive Aussage des Patriarchen Aleksij zu den Ereignissen in der Westukraine, die sich in einer amtlichen Publikation des Moskauer Patriarchats findet: sein Sendschreiben zum 20. Jahrestag¹⁴. Denn 1966, zu Beginn der Ära Brežnev, wurde in Lemberg eine erste große Jubiläumsfeier für die dortigen Vorgänge des Jahres 1946 abgehalten. Aufschlußreich ist es, das Zustandekommen der Feier näher zu untersuchen. Wie zum ersten Jahrestag 1947 veröffentlichte das Journal des Patriarchats auch 1966 wieder einen Gedenkaufsatz, diesmal bereits im Februarheft. Dabei wurde in den Ausführungen über die Geschichte der unierten Kirche der auferlegten Sprachregelung so gründlich gehuldigt, daß es große Überwindung kostet, den Aufsatz überhaupt zu lesen. Hatte man eventuell gehofft, genug Tribut gezollt zu haben mit diesem Beitrag? Und sollte vielleicht der „Übergehorsam“ beim Übernehmen der ideologischen Geschichtsverdrehung den Aufsatz gleich in den ersten Zeilen für alle nachdenklichen Leser als unglaublich ausweisen? Das März- und das Aprilheft verschweigen das Jubiläum. Aus dem Maiheft aber ist zu erfahren, daß am 31. März 1966 (als der Jubiläumstermin schon verstrichen war!) eine Synodensitzung stattfand, die ausschließlich diesem Thema gewidmet war¹⁵. Zu dieser Sitzung wurde neben dem damaligen Lemberger Bischof Nikolaj auch Bischof Onisim von Vladimir und Suzdal' zugezogen. Über letzteren, der im August 1944 zum Bischof erhoben worden war, erfahren wir bei Lemeševskij-Patock¹⁶, daß er „wohl der einzige Bischof der neuen Kirchengeschichte (ist), der nie versetzt wurde“, und wer die Geschichte der Russischen Orthodoxen Kirche in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg aufmerksam verfolgte, weiß, was diese Information zu bedeuten hat. Mit seiner Hilfe wurde der Synode „nahegebracht“, eine verspätete Jubiläumsfeier vom 22. bis 25. April in Lemberg zu beschließen.

Der Bericht über die Jubiläumsfeier im Patriarchatsjournal ist überaus lang. Auch Photos von Patriarch Aleksij sind in ihn eingefügt. Doch nur oberflächliche Lektüre bzw. die Durchsicht des Hefts durch sprachunkundige Ausländer kann ihn deswegen mit der Feier in Verbindung bringen. Die Bildunterschriften, deren Daten mancher Betrachter, der kein Russisch versteht, vielleicht als einziges entziffert, zeigen, daß die meisten dieser Photos am Tag entstanden, an dem die Lemberger Feier begann. Doch sie stammen von einer ökumenischen Konsultation am Sitz des Patriarchen, über die in diesem Heft der Zeitschrift gar nicht berichtet wird. Das Vorgehen der Redaktion, die vermutlich gewissen Forderungen nachkommen mußte und es doch verstand, die Persönlichkeit ihres Patriarchen zu schützen, war eine bewundernswürdige journalistische Gratwanderung, vergleichbar jener, die 20 Jahre zuvor erbracht wurde beim Bericht über die Ereignisse selbst.

Nach Patriarch Aleksijs Tod im April 1970 führte Metropolit Pimen als Verwe-

ser die Geschäfte des Moskauer Patriarchats. In dieser Eigenschaft hatte er unter anderem die Vorbereitung des Landeskonzils vom Mai/Juni 1971 zu leiten, das ihn dann auch zum Nachfolger Aleksijs bestellte. In dieser Zeit wurden die Weichen für den Konzilsbeschluß gestellt, der dem Ansuchen der sogenannten „Synode von Lemberg“ Gehör gab. Die Zeit war zu Ende gegangen, in der nur einzelne Persönlichkeiten, nicht aber das Moskauer Patriarchat Stalins Tun in der Westukraine für kirchlich relevant hielten.

ANMERKUNGEN

¹ Galizien war bei den Teilungen Polens zu Österreich gekommen. Nahezu 600 Jahre hatte es zu mitteleuropäischen Staaten (zu Polen, dann zu Österreich, schließlich wieder zu Polen) gehört, ehe es im Gefolge des Zweiten Weltkriegs zur Sowjetunion kam. Karpatoruthenien war im hohen Mittelalter ins ungarische Königreich einbezogen und nach dem Ersten Weltkrieg der Tschechoslowakei angegliedert worden; es hatte noch länger als Galizien mitteleuropäischen Staaten angehört. ² G. Rožnov, Eto my, Gospodi, in: Ogonek 1989, H. 38, 6–8.

³ Von „Sensationswert dieser Mitteilung“ konnte damals gesprochen werden, weil die Sowjetbehörden aus Gründen, von denen sogleich die Rede sein wird, mit Erfolg die Behauptung verbreitet hatten, der Anstoß sei von Kirchenführern ausgegangen. Sogar im Westen wurde diese Behauptung geglaubt; sie war in Kreisen der Exilukrainer stark verbreitet; vgl. I. Hrynioch, Die Zerstörung der Ukr.-kath. Kirche in der Sowjetunion, in: Ostk. Stud. 12 (1963) 3–38.

⁴ Der 1877 geb. Hierarch wurde im Februar 1945 zum Moskauer Patriarchen erhoben und übte das Amt bis zu seinem Tod im April 1970 aus.

⁵ Ein ausführl. Nachweis und die Belege für die Thesen in diesem Beitrag sowie die krit. Auseinandersetzungen mit gegenteiligen Behauptungen bei Suttner, Die katholische Kirche in der Sowjetunion (Würzburg 1992).

⁶ Für den Beweis, daß Aleksij der theol. Tradition diametral widersprochen hätte, wenn er das ihm angelastete Hirtenwort wirklich geschrieben hätte, vgl. Suttner, Die eine Taufe zur Vergebung der Sünden. Zur Anerkennung der Taufe westlicher Christen durch die orthodoxe Kirche im Laufe der Geschichte, in: Anz. d. Österr. Ak. d. Wiss., philos.-hist. Kl. 127 (1990) 1–46.

⁷ Über die Tätigkeit dieses Ausschusses und über die von ihm vorbereitete Versammlung vom 8. bis 10. März 1946 in Lemberg, die häufig als „Synode“ bezeichnet wird, unterrichten die 1946 ukrainisch veröffentlichten Akten: Dijannja soboru greko-katoličkoj cerkvi u L'vovi 8–10 bereznja 1946. Eine purgierte Neuaufl. in russischer Sprache wurde 1982 vom Moskauer Patriarchat herausgegeben: L'vovskij cerkovnij sobor. Dokumenty i materialy 1946–1981. Letztere Edition auch englisch: The Lvov Church Council, Documents and Materials 1946–1981 (Moskau 1983).

⁸ Dies wurde verfügt, obwohl die Religionsgesetzgebung der Sowjetunion ausschließlich einzelne Ortsgemeinden, aber weder Diözesen, noch eine Gesamtkirche als legal existierend betrachtete. Wir erleben hier also, daß eine staatl. Behörde Kompetenzen zuweist an eine gesamtkirchl. Instanz, obwohl es eine solche laut staatl. Gesetzgebung gar nicht hätte geben dürfen. Daß die neue Kirchenführung in eklatantem Widerspruch zum kanonischen Recht stand, bedarf keiner weiteren Ausführungen. ⁹ Kostel'nik war verheiratet, konnte also nicht Bischof werden.

¹⁰ Entsprechende Texte der Aktenpublikation von 1946 finden sich nicht im Amtsblatt des Moskauer Patriarchats.

¹¹ Da das Russische keinen Artikel hat, ist die Formulierung zweideutig. Sie kann bedeuten, daß die Synode insgesamt oder nur einzelne Synodalen zugegen waren. Die Kälte des Textes läßt die Frage, ob die Zweideutigkeit gesucht war, nicht abwegig erscheinen.

¹² Erzbischof Nikodim von Jaroslavl und Rostov, Leben und Wirken des Hochheiligen Patriarchen Alexius, in: Stimmen d. Orthodoxie 10 (1963) 12–23.

¹³ Svjatejšij Patriarch Moskovskij i vseja Rusi Aleksij. Izdanie Moskovskoj Patriarchii 1966.

¹⁴ Žurnal Moskovskoj Patriarchii 5 (1966) 1f. Uns stehen keine Quellen zur Verfügung, die den Gesundheitszustand des fast 90jährigen Patriarchen zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Sendschreibens beleuchten. Ehe dieses Schriftstück als Beweis gewertet wird, daß Patriarch Aleksij wenigstens einmal die Ereignisse von 1946 und von 1949 positiv bewertete, müßten die Archive nach ärztlichen Aufzeichnungen durchforscht werden.

¹⁵ Žurnal Moskovskoj Patriarchii 5 (1966) 4.

¹⁶ Lemeševskij-Patock, Die russischen orthodoxen Bischöfe von 1893–1965, Bd. 5 (274–276).